

Die türkische Opposition fordert EU-Sanktionen

Istanbul. Der Ko-Chef der pro-kurdischen Oppositionspartei HDP in der Türkei hat die Europäische Union aufgefordert, die türkische Regierung vor Gericht zu bringen. In der EU herrscht „großes Schweigen“ angesichts des großen Drucks, den die türkische Regierung auf die kurdische Minderheit und die Opposition ausübt, sagte Mithat Sancar am Freitag in Istanbul.

„Wir sehen eine klare Doppelmoral“, fährt Mithat Sancar fort. Er forderte Sanktionen gegen die Regierung. Die EU will die Beziehungen zur Türkei auf einem Gipfel am 25. und 26. März erneut erörtern. Die EU hat im Fall des Kreml-Gegners Alexej Navalny, der in einem als politisch motiviert kritisierten Prozess …

Istanbul. Der Ko-Chef der pro-kurdischen Oppositionspartei HDP in der Türkei hat die Europäische Union aufgefordert, die türkische Regierung vor Gericht zu bringen. In der EU herrscht „großes Schweigen“ angesichts des großen Drucks, den die türkische Regierung auf die kurdische Minderheit und die Opposition ausübt, sagte Mithat Sancar am Freitag in Istanbul.

„Wir sehen eine klare Doppelmoral“, fährt Mithat Sancar fort. Er forderte Sanktionen gegen die Regierung. Die EU will die Beziehungen zur Türkei auf einem Gipfel am 25. und 26. März erneut erörtern.

Die EU hat im Fall des Kreml-Gegners Alexej Navalny, der in einem als politisch motiviert kritisierten Prozess wegen eines Giftangriffs in Russland verurteilt wurde, klare Maßnahmen

ergriffen. „Aber es gibt Tausende von Navalnys in der Türkei.“ Viele Menschen im Land würden die gleichen Ungerechtigkeiten erleben. „Die EU sollte sich an ihre eigenen Grundsätze halten“, sagte er.

Zahlreiche HDP-Mitglieder wurden festgenommen

Die türkische Führung hatte in den letzten Wochen wiederholt gegen die HDP vorgegangen. Zahlreiche Mitglieder wurden im Zusammenhang mit terroristischen Ermittlungen festgenommen. Die Partei beschuldigte die Regierung, Einschüchterungsversuche unternommen zu haben. Ein Verbot der Partei wurde in letzter Zeit zunehmend von Regierungspolitikern und ihren Anhängern diskutiert. „Die Bedrohungen gehen weiter, aber falls wir nicht nur einen Plan B oder C haben, haben wir auch einen Plan D“, sagte Sancar.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan betrachtet die legale Partei als den verlängerten Arm der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK. Der HDP lehnt dies immer wieder eindeutig ab.

Abgeordnete der HDP, aber auch anderer Parteien, sind derzeit mit der Aufhebung der Immunität bedroht. Insgesamt seien rund 1.000 solcher Anträge gegen alle HDP-Abgeordneten eingereicht worden, sagte Sancar. In der Vergangenheit wurde 15 Abgeordneten der Status entzogen. Tausende Parteimitglieder sind inhaftiert.

Inspiziert vom LVZ Newsticker -> Zum kompletten Artikel

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de